

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden  
Verleger: Dr. Kurt Müller  
Königsplatz 20/21  
Telefon: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 10 mm breite Zeile 15 Wp., für zweifache 20 Wp., für dreifache 30 Wp., für vierfache 40 Wp., für fünffache 50 Wp., für sechs- bis achtfache 60 Wp., für neun- bis zehnfache 70 Wp., für elf- bis zwölffache 80 Wp., für dreizehn- bis vierzehnfache 90 Wp., für fünfzehn- bis sechzehn- bis achtzehnfache 100 Wp., für neunzehn- bis zwanzigfache 110 Wp., für ein- bis vierzeihnfache 120 Wp., für ein- bis vierzeihnfache 130 Wp., für ein- bis vierzeihnfache 140 Wp., für ein- bis vierzeihnfache 150 Wp., für ein- bis vierzeihnfache 160 Wp., für ein- bis vierzeihnfache 170 Wp., für ein- bis vierzeihnfache 180 Wp., für ein- bis vierzeihnfache 190 Wp., für ein- bis vierzeihnfache 200 Wp.

Schriftleitung und Hauptverlag: Kurt Müller, Königsplatz 20/21, Dresden  
Verlag und Druck: Kurt Müller, Königsplatz 20/21, Dresden

Rachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Die Abrüstungskonferenz eröffnet.

### Die Besprechung der politischen Hauptfragen bis zum Eintreffen der Türken vertagt.

#### Bis Montag Verhandlungen über den Sicherheitsbericht.

Genf, 15. März. Der Vorbereitende Ausschuss für die Abrüstungskonferenz ist heute unter dem Vorsitz des Holländers Louden und unter Teilnahme von 24 Staaten, unter denen sich als Nichtmitglieder des Völkerbundes die Vereinigten Staaten von Amerika, Sowjetrußland und die Türkei befinden, zu seiner 5. Tagung zusammengetreten. Die deutsche Delegation steht unter Führung des Grafen Bernstorff.

Louden hob in seiner einleitenden Ansprache besonders hervor, daß bei den vom Sicherheitskomitee vorgeschlagenen regionalen Sicherheitspakten sorgfältig zu vermeiden wurde, ihnen der Charakter von Teilensbindnissen gegen dritte, außerhalb eines solchen Paktes stehende Völkerbundsmitglieder zu geben, und daß bei den vorgeschlagenen Sicherheitsmaßnahmen jeder Zwang ausgeschaltet wurde. Nach einer Charakterisierung der Aufgaben der späteren 2. Lesung der Vorschläge des Sicherheitskomitees erklärte Louden zu dem russischen Abrüstungsvorschlag, der Ausdruß werde prüfen müssen, ob diese Vorschläge den heute gegebenen politischen Verhältnissen und dem Geiste des Völkerbundes genügend Rechnung tragen und überhaupt zu verwirklichen seien. Trotzdem verdienten sie eine sehr sorgfältige Erwägung.

Die Abrüstungskommission beschloß sodann auf Vorschlag des Grafen Bernstorff, der vom stellvertretenden Außenminister Witwinow unterstützt wurde, die Verhandlungen über die auf der Tagesordnung stehenden politischen Fragen bis zu dem Eintreffen der türkischen Delegation, die in der Nacht vom Sonntag zum Montag ankommt, zu verschieben.

Die Verhandlungen, insbesondere über die sowjetrussischen Vorschläge und die Weiterführung der Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes werden erst am Montagvormittag unter Anwesenheit des türkischen Außenministers aufgenommen werden. Bis Montag wird sich die Abrüstungskommission mit dem Bericht des Sicherheitsausschusses befassen. Die Verhandlungen wurden heute vormittag zunächst abgebrochen. Die nächste Sitzung findet Freitagnachmittag statt.

#### Deutschland fordert Offenlegung der Rüstungsausgaben.

Genf, 15. März. Graf Bernstorff hat im Vorbereitenden Abrüstungsausschuss schriftlich einen Antrag über die vollständige Offenlegung aller die Rüstungen betreffenden Zahlen als einzige Möglichkeit zur schrittweisen Bewirklichung der

Abrüstung eingebracht. Dieser Antrag, der sich auf Art 8 § 8 der Völkerbundsatzung über die allgemeine aber bis heute nicht erfüllte Verpflichtung zur Offenlegung der Rüstungszahlen bezieht, wird bei Verhandlung des 3. Punktes der Tagesordnung des Abrüstungsausschusses zur Debatte gestellt werden. (W. T. V.)

#### Amerika will General Sandino vernichten.

New York, 15. März. Die amerikanische Truppenoberleitung zog weitere Truppenteile heran, um General Sandino innerhalb zweier Monate zu vernichten. Vor Beginn der Regenzeit soll dieser vernichtende Angriff beendet sein.



Phot. Berger

#### Rittergutsbesitzer Pagenstecher,

der verdienten Vorsitzende des Sächsischen Landbundes, Mitglied der Landwirtschaftskammer und früherer Landtagsabgeordneter der Deutschen Nationalen, verlag am Dienstag im Alter von 66 Jahren einem Herzschlag.

#### Der Tag der sächsischen Industrie.

Von Franz Meißner.

Stellv. Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller.

Am morgigen Tage hält der Verband Sächsischer Industrieller im Vereinssaale zu Dresden seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die Tagungen dieses Verbandes geben stets Gelegenheit, einmal im Zusammenhang die Probleme zu erörtern, die für die jeweilige Beurteilung der Wirtschaftslage unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Industrie im Vordergrund stehen und den Entwicklungsgang der Industrie hemmen oder fördern.

Im vergangenen Jahre gab z. B. das 25-jährige Jubiläum des genannten Verbandes Anlaß, einmal rückblickend an die geleistete Arbeit die prüfende Sonde zu legen und gleichzeitig an Hand der verschiedenen Entwicklungsabschnitte des Verbandes zu konstatieren, daß zwar die wirtschaftliche und politische Gesamtsituation sich wiederholt geändert, daß der Verband es aber verstanden hat, auch in der jeweils geänderten Konstellation in erfolgreicher Weise für die berechtigten Interessen der Industrie im Rahmen der Gesamtinteressen zu arbeiten. Die morgige Tagung des Verbandes Sächsischer Industrieller findet in einer Zeit statt, in der alle Wirtschaftsgruppen in ihrer Existenz aufs Äußerste gefährdet sind und um die Aufrechterhaltung ihrer Existenz kämpfen. Wir erinnern dabei nur an die letzten Tagungen der sächsischen und deutschen Landwirtschaft, die ebenfalls unter der Einwirkung dieser Tatsache standen, und die sich gerade in den letzten Tagen noch in anderer Weise ausgewirkt haben. Die Industrie wird bei den morgigen Verhandlungen des Verbandes Sächsischer Industrieller zu betonen haben, daß die Klagen, Sorgen und Befürchtungen anderer Berufsgruppen sehr wohl ihre Berechtigung haben, daß man dabei aber nicht vergessen darf, daß alle die Probleme, die ein ertragreiches Arbeiten dieser Gruppen beeinträchtigen, z. B. die Ueberlastung mit Steuern, die Gefahr der Auswirkung kurzfristiger Kredite, die Unmöglichkeit der Kapitalbildung und ähnliche Dinge, genau wie für diese Berufsgruppen auch für die Industrie ihre Geltung haben, und daß die Hilfsmittel, die diese Gruppen anstreben, zu einem großen Teil auch mit der gleichen Berechtigung von der Industrie verlangt werden können. Vor allem wird zu betonen sein, daß auf keinen Fall durch etwaige Maßnahmen zur Entlastung anderer Berufsgruppen und durch die dadurch entstehenden Steuerausfälle die Industrie neu belastet werden darf, weil dies nur dazu führen könnte, daß man dem Ruin einer Berufsgruppe Einhalt gebietet, dafür aber eine andere Wirtschaftsgruppe, die sich zum Teil selbst nur unter den äußersten Anstrengungen existenzfähig erhalten kann und deren Angehörige zu einem nicht unerheblichen Teil bereits ihre Betriebe aufgeben mußten, der Vernichtung preisgibt. Das Motto, das über der Arbeit des Verbandes Sächsischer Industrieller stand: „Wahrnehmung der Interessen der Industrie im Rahmen der Allgemeininteressen“, wird der Verband Sächsischer Industrieller deshalb auf seiner morgigen Tagung auch in der umgekehrten Auswirkung für sich von den anderen Wirtschaftsgruppen fordern müssen.

Hierüber hinaus wird die Tagung des Verbandes aber auch Veranlassung geben, andere große Probleme, die für die Gestaltung der Wirtschaftslage grundlegend sind, zu behandeln. Dies gilt besonders für das in der Mitgliederversammlung von Herrn Staatssekretär a. D. Bergmann zu erhaltende Referat über den Stand des Reparationsproblems, denn von der Gestaltung dieses Problems hängt ja nicht nur für die sächsische Industrie, sondern für die gesamte deutsche Wirtschaft die Schicksalsfrage ab, ob die deutsche Wirtschaft sich in Zukunft lebensfähig erhalten kann oder nicht.

Weitere wichtige Probleme, die namentlich auch in den Ausführungen, die der Vorsitzende des Verbandes Sächsischer Industrieller in der allgemeinen Versammlung über die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Aussichten für die Zukunft machen wird, sind zu erörtern in der Frage einer wirklich nützbringenden, die Industrie nicht nur mit neuen Zinslasten ohne produktive Auswirkung belastenden Kreditbeschaffung und in der Frage des Kampfes um den Absatz der deutschen Waren auf dem Weltmarkt. Gerade nach dieser Richtung hin sind ja bekanntlich der Industrie einmal durch die in vielen Fällen als Hauptabnehmer Deutschlands geltenden Länder während des Krieges entstandene Eigenindustrien, ferne-

#### Das Notprogramm erneut gefährdet?

##### Durchlöcherungsversuche von Zentrumsseite.

(Nachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 15. März. Die heutigen Verhandlungen über die Durchführung des Notprogramms haben zu einigen Zwischenfällen geführt, die, falls sie eine Vertiefung der Lage herbeiführen sollten, unier Umständen geeignet sein könnten, das Notprogramm doch noch in Frage zu stellen. Im handelspolitischen Ausschuss, wo heute die Frage des Gefrierfleischkontingents behandelt wurde, hat das Zentrum einen plötzlichen Vorstoß gegen die beschlossene Herabsetzung des Kontingents von 120 000 auf 50 000 Tonnen unternommen. Der Zentrumsabgeordnete Dessauer erklärte überraschenderweise, das Zentrum könne der Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents nicht zustimmen. Als Begründung brachte er einige fadenförmige Ausflüchte vor.

Unterdessen erfährt man in parlamentarischen Kreisen auch, daß Herr Dessauer vom Zentrum mit dem Sozialdemokraten Hilderding verhandelt hat, und daß so der Eindruck entstehen muß, als ob wenigstens der eine Flügel des Zentrums mit den Sozialdemokraten in der Frage des Gefrierfleischkontingents unter Umständen gemeinsame Sache machen könnte.

Die zweite Schwierigkeit hat sich im sozialpolitischen Ausschuss ergeben. Dort wurde die Erhöhung der Bezüge der Rentner behandelt. Im Notprogramm war festgelegt, daß hierfür eine Summe von 100 Millionen Mark auszuwerfen werden sollte. Sozialdemokraten und Demokraten stellten weitergehende Anträge und traten für die Erhöhung der Rinderzulagen ein.

Das Zentrum hat dieser Durchbrechung des Notprogramms zugestimmt.

Grundsätzlich muß dazu gesagt werden, daß von Anfang an doch der Plan bestand, das Notprogramm in seiner einmal festgelegten Formulierung durchzuführen und daß sich alle Parteien, insbesondere die Deutschen Nationalen, darüber klar waren, daß eine Durchlöcherung oder auch nur der Versuch einer Durchlöcherung des Notprogramms gleichbedeutend mit dessen Scheitern sein müßte. Die sich heute ergebende Lage muß also als nicht unbedenklich angesehen werden.

Die Deutsche Nationalen Parteileitung verläßt sich offiziell, daß von verschiedenen Seiten neuerdings

der Versuch gemacht werde, das Notprogramm durch Abänderungsanträge zu belasten. Die Partei könne keinen Zweifel darüber lassen, daß der Versuch, den mühsam erreichten Ausgleich durch einseitige Zurückziehung der landwirtschaftlichen Mindestforderungen zu tören, einer klaren und eindeutigen Ablehnung des Gesamtprogramms gleichzusetzen ist. Die Deutsche Nationalen Parteileitung könne keinerlei Verantwortung für eine Verkünderung des Notprogramms übernehmen, sondern müsse die volle Verantwortung für ein daraus entstehendes Scheitern der Regierungsvorlage denjenigen zuschreiben, welche mit Abänderungsanträgen die Verabschiedung der Vorlagen stören.

#### Eine Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 15. März. Das Reichskabinett trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, in der Reichsfinanzminister Dr. Marx zum ersten Male seit seiner Erkrankung den Vorsitz führte. Reichsaussenminister Dr. Stresemann besprach den Verlauf und das Ergebnis der letzten Tagung des Völkerbundsrates in Genf, worauf der Leiter der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen, Reichsminister i. R. Dr. Hermes, über seine Tätigkeit dem Kabinett Bericht erstattete. Die Angelegenheit der Verhaftung deutscher Ingenieure in Rußland bildete den Gegenstand einer eingehenden Aussprache. Hierüber wird im Laufe der heutigen Tages noch eine Verlautbarung erfolgen.

Kauscher berichtet über die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen. Der deutsche Gesandte in Warschau Ulrich Kauscher hat am Mittwochabend Warschau verlassen und ist inzwischen in Berlin eingetroffen, um der Reichsregierung Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der polnischen Regierung zu erstatten.

#### Dr. Curtius Spigenkandidat in Baden.

Berlin, 14. März. Der geschäftsführende Ausschuss des Landesverbandes Baden der Deutschen Volkspartei trat in Baden-Baden zu einer Besprechung über die Kandidatenliste für die kommenden Reichstagswahlen zusammen. Die vom geschäftsführenden Ausschuss einstimmig angenommene Liste sieht an erster Stelle wiederum den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius vor.